



# Der Kanton Zürich im europäischen Umfeld

**Referat von Regierungsrätin Carmen Walker Späh anlässlich der Veranstaltung des Europa Instituts an der Universität Zürich und der Volkswirtschaftsdirektion vom 8. November 2016**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch von meiner Seite herzlich Willkommen zum heutigen gemeinsamen Anlass des Europa Instituts und der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion zum Thema Brexit und die Schweiz. Ich freue mich über die Gelegenheit, einige Gedanken zu den Verbindungen unseres Landes zu Grossbritannien, zu den möglichen Auswirkungen des Brexit und zur Europapolitik des Kantons Zürich mit Ihnen teilen zu können.

Als ich am 17. Mai dieses Jahres anlässlich des Festivals „Zurich meets London“ in regierungsrätlicher Mission an der Themse war, da hat noch kaum jemand damit gerechnet, dass sich die Bevölkerung des vereinigten Königreichs etwas mehr als einen Monat später für einen Austritt aus der Europäischen Union aussprechen würde. Seit dem 23. Juni 2016 ist des Volkes Verdikt nun Realität und London und Zürich verbindet wohl künftig die Gemeinsamkeit, führende europäische Finanzplätze *ausserhalb* aber mit sehr engem wirtschaftlichen Bezug zur EU zu sein.

Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, dass Briten und Schweizer viele Gemeinsamkeiten und Verbindungen aufweisen. Beide Länder haben ähnliche Vorstellungen zu Themen wie Rechtsstaat, Grundfreiheiten, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Beide Länder sind multikulturell, weltweit bestens vernetzt und sind dennoch – oder gerade deshalb – Währungsinseln. Und da ist da noch der Tourismus: nach keiner anderen Destination fliegen ab dem Flughafen Zürich Kloten so viele Leute wie nach London. Und die britischen Touristen lieben seit jeher die Schweizer Alpen und fühlen sich von deren Schönheit magisch angezogen: zahlreiche Viertausender in unseren Alpen wurden im neunzehnten Jahrhundert von britischen Alpinisten erstbestiegen. Das markierte nicht nur den Startschuss zum alpinen Massentourismus, es leitete auch den wirtschaftlichen Aufschwung der damals noch

armen Eidgenossenschaft ein. Und auch heute – rund 150 Jahre später – ist es wieder Grossbritannien, das hierzulande Anlass für wirtschaftspolitische Diskussionen bietet, indem die möglichen Auswirkungen des Brexit auf die Schweiz breit thematisiert werden.

### **Auswirkungen des Brexit auf die Schweiz**

Die *genauen* Auswirkungen kann heute noch niemand voraussagen, das käme der Fähigkeit gleich, Kaffeesatz lesen zu können. Aufgrund der ersten Anzeichen und der Reaktion der Märkte nach der Volksabstimmung rechnen meine Experten im Amt für Wirtschaft und Arbeit aber damit, dass die konjunkturellen Auswirkungen des Brexit auf die Schweiz tendenziell eher negativ sein werden. Das Pfund hat seit der Volksbefragung bereits deutlich an Wert eingebüsst. Treffen dürfte es wegen der Abschwächung des Pfunds und der damit verbundenen Stärkung des Frankens bestimmte Exporteure von Investitions- und Konsumgütern sowie den Tourismus in der Schweiz.

Sollte die Abschwächung der britischen Konjunktur gar in eine Rezession münden und mit Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Aussenhandelsdefizits verbunden sein, dann könnte auch die schweizerische Volkswirtschaft stärkere Konsequenzen zu spüren bekommen. Eine dadurch entstehende Zunahme der Unsicherheit könnte die Bedeutung der Schweiz als sicheren Hafen erhöhen und zu einer erneuten Aufwertung des Schweizer Frankens führen, mit entsprechend negativen Konsequenzen wie zum Beispiel einem Rückgang der Importe aus der Schweiz.

Grossbritannien wird mutmasslich innerhalb von zwei Jahren aus der EU austreten, auch wenn der genaue Prozess nach den Vorkommnissen vergangener Woche alles andere als klar ist<sup>1</sup>. Entscheidend wird sein, ob auf den Zeitpunkt des effektiven Austritts neue Vereinbarungen mit der EU erzielt wurden, welche den gegenseitigen Zugang zu den Märkten regeln. Dies gilt sowohl für die wirtschaftlichen Beziehungen Grossbritanniens zur EU wie auch für die Schweiz. Eine Prognose wie dieser Prozess im Detail ablaufen wird und vor allem welche Ergebnisse daraus resultieren, ist zum heutigen Zeitpunkt kaum möglich. Diese Resultate werden aber die Struktur der britischen Volkswirtschaft stark prägen. Sollte beispielsweise der Zugang zum europäischen Binnenmarkt beschränkt werden, so könnte das mittel- und langfristige Wachstumspotential der britischen Volkswirtschaft durchaus sinken. Nachteilige Ergebnisse für Grossbritannien aus den Verhandlungen mit der EU könnten zu einer Abwanderung beispielsweise von Finanzakteuren führen. Dass die

---

<sup>1</sup> Grundsätzlich kann die Frist von 2 Jahren von den Verhandlungspartnern auch verlängert werden. Anfangs November wurde aber aufgrund eines Gerichtsentscheids bekannt, dass das Parlament Grossbritanniens entgegen dem Willen der Regierung in den formellen Austrittsprozess eingebunden werden muss.

Schweiz davon profitieren könnte halte ich eher für unwahrscheinlich, die Finanzakteure dürften eher ein anderes EU-Land bevorzugen, weil dort der Zugang zum EU-Binnenmarkt sichergestellt ist.

Da diese Aussichten mit einer sehr hohen Unsicherheit verbunden sind, können sowohl die konjunkturellen wie auch die politischen Konsequenzen für die Schweiz kaum abgeschätzt werden. Sofern neue konstruktive Formen der Partnerschaft zwischen EU- und Nicht-EU-Ländern entstehen, kann der Brexit auch für die Schweiz eine Chance sein. Falls die EU hingegen weitere Austritte verhindern will und Grossbritannien nachteilige Verhandlungsergebnisse erzielt, könnte das auch die Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU erschweren.

Und damit möchte ich im Dritten und letzten Teil meiner Ausführung noch den Bogen spannen zur Europapolitik der Züricher Regierung.

### **Die Europapolitik der Züricher Regierung**

Sehr geehrte Damen und Herren, vielleicht stellen Sie sich die Frage, warum ein Kanton überhaupt eine Europapolitik braucht. Aussenpolitik ist bekanntlich eine Bundesaufgabe. Der Regierungsrat beschäftigt sich mit Europafragen unter anderem darum, weil Politik und Wirtschaft im Kanton Zürich von der Politik der EU immer mehr auch direkt betroffen sind und weil den Kantonen wichtige Vollzugsaufgaben bei der Umsetzung von Abkommen mit der EU zukommen, z.B. bei Schengen/Dublin.

Haupttriebfeder für eine aktive Europapolitik des Kantons Zürich ist aber die Tatsache, dass unser Land und damit auch sein Wirtschaftsmotor Zürich, wirtschaftlich sehr eng mit der EU verzahnt ist. Veranschaulichen möchte ich Ihnen als Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin die engen Beziehungen mit dem Beispiel unserer Nachbarn in Baden Württemberg. Im Jahr 2015 wurden Waren im Wert von 13.4 Milliarden EURO von Baden-Württemberg in die Schweiz exportiert. Damit ist die Schweiz das viertwichtigste Exportland für Baden Württemberg. Bei den Importen führt die Schweiz sogar seit Jahren die Handelsstatistik an. 2015 wurden Waren im Wert von 14.7 Milliarden Euro aus der Schweiz nach Baden Württemberg importiert. Über 30'000 Grenzgänger mit Wohnsitz in Süddeutschland fahren täglich in die Metropolitanregion Zürich, um einer Arbeit nachzugehen. Jeder sechste Erwerbstätige des Landkreises Waldshut arbeitet in der Schweiz. Jeder Achte der am Flughafen Zürich abfliegenden Lokal- und Transferpassagiere hat seinen Wohnsitz in Deutschland.

Angesichts dieser engen Verflechtung ist es für den Kanton Zürich essenziell, dass die bilateralen Verträge mit der EU erhalten bleiben müssen. Alleine im Kanton Zürich sind es Hunderte von KMU mit vielen Arbeitsplätzen, welche intensive Geschäftsbeziehungen mit verschiedenen europäischen Ländern pflegen und die interstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen sollten auf einer soliden Basis geregelt bleiben. Der Wert der bilateralen Verträge ist immer wieder Gegenstand von politischen Diskussionen in der Schweiz. Ich kann mir gut vorstellen, dass die EU mit Grossbritannien sehr hart über den Marktzugang zum EU-Binnenmarkt verhandeln wird, was hierzulande durchaus zum besseren Verständnis des Wertes unserer bilateralen Verträge führen könnte. Die engen beidseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen zeigen aber auch, dass das auch die EU die trotz geringer Grösse wirtschaftlich doch potente Schweiz nicht ignorieren kann.

Eines der dringlichsten europapolitischen Probleme ist für den Regierungsrat momentan die Teilnahme der Schweiz am europäischen Forschungsprogramm «Horizon 2020», das mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien verknüpft wird. Der Regierungsrat appelliert an Parlament und Bundesrat, dass sie die vollumfängliche Teilnahme der Schweizer Hochschulen am europäischen Forschungsprogramm «Horizon 2020» sicherstellen. Der Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort Zürich ist auch in Zukunft auf den Zugang zu den Europäischen Forschungsgeldern angewiesen. Wer Innovationsweltmeister bleiben will, der braucht den Zugang zu grossen internationalen Forschungsprojekten.

Meine Damen und Herren, die Schweiz und auch der Kanton Zürich haben einen guten Grund, die Entwicklungen in der EU aufmerksam zu verfolgen. Die Tendenz zur Rückkehr des nationalstaatlichen Denkens und die damit verbundene institutionelle Krise der EU zeigen, dass weder die Idee eines europäischen Binnenmarkts noch die politische Stabilität Europas auf alle Zeiten gesichert sind. Unser Land kann kein Interesse an einem instabilen Europa haben, geschweige denn an einem wirtschaftlich schwachen Europa. Zu stark sind die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verknüpfungen – letztlich sitzen wir alle im gleichen Boot.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.